



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 04.05.2011

ÖFFENTLICH

TOP 1 Außerschulische Jugendarbeit

Beratungsverlauf:

In den Tagesordnungspunkt einführend macht EBM **Seigfried** allgemeine Ausführungen zum Thema der außerschulischen Jugendarbeit, ausgehend von den Überlegungen der Verwaltung, die Jugendförderung insgesamt neu aufzustellen. Er geht nachfolgend kurz auf Hintergründe und das weitere Vorgehen ein. Insgesamt sei beim Themenfeld der außerschulischen Jugendarbeit die Prägung von unterschiedlichen Trägern zu beachten.

Die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 118/11 erläuternd fasst Herr **Jeremias** (FB Bildung, Familie, Sport) die Jahresberichte der Kinder- und Jugendförderung für das Jahr 2010 zusammen. Zielsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sei die Befähigung der Jugendlichen, ihre Interessen zu erkennen und gemeinsam zu vertreten. Er geht nachfolgend erläuternd und anhand einer Powerpoint-Präsentation verdeutlichend auf die Arbeit in den einzelnen Stadtteilen ein. Man versuche, im Gemeinwesen vor Ort insbesondere auch in Zusammenarbeit mit den Vereinen tätig zu sein. Immer intensiver werde die Vernetzung mit den Schulen.

Herr **Ziegler** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 119/11 und geht anhand einer Powerpoint-Präsentation verdeutlichend ausführlich auf die Tätigkeitsfelder des Jugendreferenten, insbesondere als Ansprechpartner der Bereiche Einrichtungen und Angebote der Jugend- und Jugendsozialarbeit sowie als Vertreter kommunaler Kinder- und Jugendangelegenheiten, ein. Er stellt die Aufgabenschwerpunkte in den Tätigkeitsfeldern im Jahr 2010 dar.

Unter Bezugnahme auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 120/11 berichtet Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) über die Ergebnisse der in den Stadtteilen Hoheneck, Neckarweihingen, Oststadt, Obweil und Poppenweiler stattgefundenen Stadtteil-Jugendkonferenzen zur Ermittlung der Interessen der Jugendlichen und des Bedarfes. Zusammenfassend lasse sich feststellen, dass Treffmöglichkeiten sowohl drinnen als auch draußen sowie Sportmöglichkeiten die Hauptthemen der Jugendlichen in allen Stadtteilen darstellten. Sie geht nachfolgend erläuternd auf die einzelnen Jugendkonferenzen und Inhalte sowie die fachlichen Konsequenzen aus den Ergebnissen in Bezug auf die kommende Konzeption der Jugendförderung ein. Insbesondere sollen auch Kooperationen und Vernetzungen in den Stadtteilen noch stärker ausgebaut werden.

Als wichtigen Gesichtspunkt hebt EBM **Seigfried** hervor, es sei deutlich geworden, dass die Jugendförderung für viele Jugendliche eine wertvolle Ressource darstelle. Mit Blick auf Anerkennung und Wertschätzung der Interessen und des Umgangs mit den Jugendlichen sei es wichtig, zu diesen über Gesprächsangebote den unmittelbaren Bezug herzustellen. Auch sei aus seiner Sicht nach wie vor die Querschnittsvernetzung innerhalb des Stadtgebietes unzureichend.

Er verweist auf institutionelle Interessen, Trägerinteressen und Zuständigkeitsinteressen, die sehr unterschiedlich seien und geht in diesem Zusammenhang kurz erläuternd auf einzelne Stadtbezirke ein.

Im Anschluss findet eine Aussprache zu den vorangegangenen Berichten im Gremium statt.

Bezug nehmend auf die Vorl.Nr. 118/11 führt Stadträtin **Kopf** aus, Schule und Bildung stehe heute bei den Kindern und Jugendlichen im Vordergrund. Durch Kooperationen von Schule mit Vereinen, Betrieben und sozialen Einrichtungen hätten sich die Angebote vervielfältigt und seien zu Schnittstellen zur Berufsfindung und Berufserfahrung geworden. Deutlich werde aus der Vorlage die Versorgung mit Personalressourcen und deren Aufteilung in den Stadtteilen. Noch offen sei die Frage nach der Perspektive und Zukunft. Bezüglich der Vorl.Nr. 119/11 spricht sie Dank für die verantwortungsvolle Aufgabe aus, als Anwalt der Jugendlichen die Interessen der Jugendlichen in die Verwaltung und Politik hineinzutragen und zu realisieren. Sich auf die Vorl.Nr. 120/11 beziehend seien ihrer Meinung nach aus Sicht der Jugendlichen insbesondere Selbstbestimmung sowie Räume, auch im Freien mit Dach, zum Treffen bedeutsam. Sie weist auf die Bereitschaft der Jugendlichen hin, Selbstverantwortung zu übernehmen, wichtig sei das Schaffen der entsprechenden Rahmenbedingungen. Bezüglich des PaSta als Schüler- und Freizeittreff bittet sie um Mitteilung des aktuellen Standes zu Betreibung, Personalressourcen der Stadt, Organisation und Zukunft. Auch beim Bildungszentrum West werde Aufgabe sein, die Rahmenbedingungen im Hinblick auf Schulsozialarbeit sowie die Bedürfnisse der Jugend der Weststadt als Stadtteiltreff, zu schaffen. Insbesondere für Neckarweihingen wichtig sei Schulsozialarbeit und Jugendcafé in einer Hand als gemeinwesenorientierte Jugendarbeit.

Stadtrat **Daferner** sieht ebenfalls die Fragestellung nach einem Jugendcafé sowie nach Sport- und Treffpunktmöglichkeiten außen als bedeutsam an. Er bringt für seine Fraktion zum Ausdruck, dass insgesamt die Kooperationen, insbesondere mit Blick auf den gesamten Bildungsaspekt in der Schulsozialarbeit, verbandlichen Arbeit und städtischen Jugendarbeit, stärker genutzt werden sollten. Politisch müsse überlegt werden, was geleistet werden wolle und könne. Mit Blick auf die Vielfalt der Angebote werde die Konzentration auf bestimmte Angebote sinnvoller erachtet als eine Summierung einer breiten Palette von verschiedenen Angeboten. Die ehrenamtliche Entwicklung der Jugendarbeit müsse auch im städtischen Bereich noch mehr in den Blickpunkt rücken. Man sei insgesamt auf einem guten Weg, jedoch müssten die Fragen der Angebotsstruktur, Betreuung und individuellen Angebote sowie die Herstellung eines zielführenden Kontextes von Schulsozialarbeit, verbandlicher, städtischer und ehrenamtlicher Arbeit noch stärker in den Focus genommen werden. Wichtig sei die individuelle Entscheidung für die Stadtteile sowie die Beibehaltung der dezentralen Weiterarbeit.

Auch Stadträtin **Moersch** spricht den Dank ihrer Fraktion für die umfangreichen und übersichtlichen Mitteilungsvorlagen aus. Kinder- und Jugendarbeit habe sehr viel mit Vertrauen zu tun. In den einzelnen Stadtteilen werde ein enormer Einsatz der Betroffenen gesehen, einige Bereiche halte man jedoch für noch ausbaufähig. Die Arbeit des Jugendreferenten werde als sehr wichtig und eine weitere Vernetzung für notwendig erachtet. Wichtig sei, dass nach der Befragung in den Jugendkonferenzen die positive Grundeinstellung der Jugendlichen genutzt werde und der Weg jetzt weitergehe.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erwähnt lobend, dass sowohl offene Angebote gemacht als auch aufsuchende Arbeit betrieben werde sowie Kooperationen und die verstärkte Verbindung zur Schule. Kritik übe man jedoch daran, dass die Kinder- und Jugendförderung nur von den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen und nicht von den Zielen her definiert werde. Von einer konzeptionellen Entwicklung erwarte man insbesondere die Beantwortung der Frage der Ansiedlung der Kinder- und Jugendförderung in einer Zeit, wo Kinder und Jugendliche durch Ganztageschulen immer länger schulisch gebunden seien. Des Weiteren welche aktive Verknüpfung Schulsozialarbeit und Kinder- und Jugendförderung leisten könne, welche Angebote bedarfsorientiert und welche gelenkt seien, wie dem Wunsch nach informellem Treff nachgekommen werden könne sowie die Frage, ob das Verhältnis der direkten Jugendarbeit vor

Ort und der zu leistenden Gremienarbeit noch im Gleichgewicht sei. Erst nach einer Zielbestimmung könne geklärt werden, wie viel Personal und Räumlichkeiten nötig seien und ob Synergien durch Verzahnung mit der Schulsozialarbeit erreicht werden können. Man warte sehr auf die Neukonzeption.

Stadtrat **Heer** sieht die Arbeit der Kinder- und Jugendförderung im außerschulischen Bereich bei der Stadt sehr gut angesiedelt und erfolgreich. Er macht auf das Vorhandensein unterschiedlicher Interessen in den verschiedenen Stadtteilen aufmerksam. Insofern sei die Jugendarbeit dem Wandel und der Veränderung unterworfen. Auf Doppelstrukturen verweisend sei insgesamt die Kooperation und Vernetzung der an der Jugendarbeit Beteiligten sehr wichtig.

Auf die Jugendkonferenzen eingehend wüssten nach Einschätzung von Stadträtin **Lange** die Jugendlichen die zentrale Bündelung der Schulen, Hausaufgabenbetreuung und Aktivitäten zu schätzen. Aber auch die dezentrale Anlaufstelle für Jugendliche als Treffpunktmöglichkeit sei bedeutsam und sollte noch in den Stadtteilen entsprechend weiter ausgebaut werden. Sie spricht ihren Dank für die Arbeit und den Einsatz aus.

Erläuternd macht EBM **Seigfried** nachfolgend auf die Verantwortung des Ausschusses aufmerksam, für gute Rahmenbedingungen des Aufwachsens in Ludwigsburg und für das Ergreifen der richtigen Maßnahmen an den richtigen Stellen Sorge zu tragen. Er weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Notwendigkeit der ständigen Veränderung und Anpassung aufgrund Veränderungen äußerer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und kultureller Haltungen hin. Anmerkend geht er kurz auf die deutlich gewordene Bereitschaft des ehrenamtlichen Engagements zur Verbesserung der Angebote, Überlegungen der Verwaltung unter dem Blickwinkel personeller und finanzieller Ressourcen und der Angebote in den Stadtteilen sowie den Aspekt der Partizipation der Jugendlichen, ein.

Auf Fragestellungen zum PaSta Bezug nehmend gehen Herr **Jeremias**, EBM **Seigfried** und Frau **Karcheter** in diesem Zusammenhang kurz auf Öffnungszeiten, Zielgruppen und Kooperationsangebote ein.

Bezug nehmend auf die Vorl.Nr. 120/11 stellt sich für Stadtrat **Kirnbauer** mit Blick auf die geringe Beteiligung der Jugendlichen in den Stadtteiljugendkonferenzen in Oßweil, Hoheneck sowie der Oststadt die Frage, ob dieses Ergebnis überhaupt repräsentativ sei. Mit Blick auf Hoheneck weist er auf die Problematik der insbesondere am Wochenende festzustellenden Vermüllung der Plätze durch die Jugendlichen hin.

Aus der Sicht von Stadträtin **Moersch** müsse mehr nach außen gewirkt werden.

Auf Nachfrage von Stadträtin **Moersch** sowie der Stadträte **Dr. Bohn** und **Dr. Vierling** gehen nachfolgend EBM **Seigfried**, Herr **Jeremias** und Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) kurz erläuternd auf die Themenbereiche Ergebnisse der Jugendkonferenzen, Anteil der Gremienarbeit, durchschnittliche Besucherzahlen der Jugendtreffs in den Stadtteilen sowie Kontakt mit Organisationen und Jugendverbände, ein.

EBM **Seigfried** gibt nachfolgend eine kurze Zwischeninformation zum Bildungs- und Teilhabepaket als Ergebnis der Besprechung beim Landkreis. Es sei deutlich geworden, dass man sich derzeit noch ganz am Anfang der Umsetzung befinde. In Ludwigsburg seien Anlaufstellen zum einen das Jobcenter, zum anderen das Landratsamt. Wichtig sei die Weitergabe der entsprechenden Informationen, um auf die betreffenden Möglichkeiten der Antragstellung hinzuweisen. Informationen könnten auch auf der Homepage des Landkreises heruntergeladen werden.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 118/11, 119/11 und 120/11 werden im Rahmen der Beratung des Themenfeldes der außerschulischen Jugendarbeit im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 118/11, 119/11 und 120/11 werden im Rahmen der Beratung des Themenfeldes der außerschulischen Jugendarbeit im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1, 1.1, 1.2 und 1.3, Vorl.Nr. 118/11, 119/11 und 120/11 werden im Rahmen der Beratung des Themenfeldes der außerschulischen Jugendarbeit im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.

Abweichender Beschluss:

1. Die vier Ludwigsburger Aktivspielplätze erhalten für das Jahr 2012 dieselbe Förderung wie im Jahr 2011.
2. Die Verwaltung wird beauftragt für
 - den Bauspielplatz in Eglosheim einen Planungsprozess einzuleiten, der die Weiterentwicklung des Schulstandorts im Zuge des Ausbaus des Ganztags in der Verknüpfung des heutigen Bauspielplatzes, des Schülerhortes, der Gemeinwesenarbeit und der Jugendförderung vorsieht und
 - die Weststadt die Nutzung der Freiflächen westlich der Schlieffenstraße unter Einbeziehung des heutigen Abenteuerspielplatzes, der Skateranlage und des Bolzplatzes zu untersuchen und in die weiteren Beratungen des STEP Weststadt einzubringen.Diese Prozesse sollen bis zum Ende des 1. Halbjahres 2012 abgeschlossen sein.
3. Die Förderung der verbleibenden Abenteuerspielplätze erfolgt ab 2013 auf der Basis der unter Punkt „B“ aufgeführten Kriterien.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.4 und 1.4.1, Vorl.Nr. 169/11 und 615/10 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Einleitend erläutert Frau **Karcheter** (FB Bildung, Familie, Sport) anhand von Skizzen verdeutlichend die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 169/11 und weist in diesem Zusammenhang auf Entwicklungsperspektiven hin.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadtrat **Kromer** die Aktivspielplätze als unverzichtbaren Bestandteil des pädagogischen Angebots der Stadt. Er spricht seitens der CDU-Fraktion allen haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden für ihr Wirken den Dank aus. Man sei erfreut, dass bei der Jugendfarm und beim Robinsonspielplatz Neckarweihingen die Motivation und Aktivierung ehrenamtlich Wirkender nahezu genauso wichtig wie die vielseitige aktivitätsfördernde Betreuung der Kinder und Jugendlichen betrachtet werde. Den Antrag Vorl.Nr. 615/10 sehe er als vom Schreibtisch verfasst und wenig zielführend an. Aufgabe der Stadt sei, für die Kinder des Stadtbereiches Voraussetzungen für ein bedarfsgerechtes Angebot zu schaffen. Dies scheine ohne Qualitätsverlust im pädagogischen Betreuungsangebot gewährleistet. Man werde der Verwaltungsvorlage zustimmen, allerdings hätte man gerne eine deutliche Darstellung einer Leistungsvereinbarung und des Leistungsvergleichs gesehen. Auch stelle sich die Frage, ob die pauschale Basisförderung nur eine Übergangslösung darstelle. Seine Fraktion erwarte, dass dort, wo es derzeit Kommunikationsschwierigkeiten gebe, die Vereine tatsächlich in die zukünftige Konzeption im Rahmen einer Vernetzung aller Akteure miteingebunden würden.

Stadtrat **von Stackelberg** spricht den Vertretern der Trägervereine allgemein Dank aus. Man habe ein deutliches Interesse am Weiterbestehen der Aktivspielplätze. Er weist darauf hin, dass bei zwei Vereinen sicherere Strukturen vorhanden seien, bei den anderen zwei Vereinen eher wacklige Strukturen und eine unsichere Zukunft. Man sei verantwortlich für das Schaffen guter Bedingungen für das Aufwachsen als Beitrag zur Entwicklung von Freiheit. Seine Fraktion sehe dies als guten Weg und werde der Vorlage zustimmen. Man wünsche sich eine Weiterentwicklung und erhoffe für alle Beteiligten einen Qualitätsgewinn. Des Weiteren müsse die weitere Vernetzung vorangetrieben, eine noch bessere Integrierung der Plätze in das Gemeinwesen erfolgen sowie eine leichtere Zugangsmöglichkeit geschaffen werden. Durch die Frist hätten die Vereine noch Weiterentwicklungsmöglichkeiten und könnten Gespräche führen.

Auf die vielfachen und gravierenden Veränderungen in diesem Bereich hinweisend sieht Stadtrat **Glasbrenner** die Weiterentwicklung als sehr wichtig und die Anpassung als zwingend erforderlich an und verdeutlicht dies mit der Formulierung „Nichts ist notwendiger als der Wandel.“ Aufgabe sei, durch die Anpassung und Vermeidung von Mehrfachstrukturen Angebote zu vernetzen und zu integrieren. In der Übergangsfrist bis Ende 2012 mit bestehender Planungssicherheit könnten weitere Gespräche geführt und ein neues sinnvolles Konzept entwickelt werden. Er plädiert in diesem Zusammenhang dafür, sich der notwendigen Weiterentwicklung nicht zu verschließen. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** führt aus, man sehe die Aktivspielplätze als besonderes Angebot im Rahmen der Jugendförderung. Ihre Fraktion sei mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden. Als wichtig werde insbesondere in Eglosheim die Erarbeitung eines gemeinsamen Schul- und Freizeitkonzeptes betrachtet. Klar sein müsse, dass auch ein anderes Modell des Betriebes des Geländes weiterhin einen personell qualifizierten Einsatz benötige. Das Gelände müsse weiterhin allen im Rahmen der Ganztagesbetreuung zur Verfügung stehen und unter pädagogischer Leitung genutzt werden.

Stadtrat **Heer** bringt die wichtige und hervorragende Arbeit der Aktivspielplätze zum Ausdruck. Der Entwicklung und den Veränderungen müsse, nicht nur in Bezug auf die finanziellen Anforderungen sondern auch mit Blick auf die örtlichen Gegebenheiten, Rechnung getragen werden. Auf Doppelstrukturen hinweisend könnte mit Blick auf Eglosheim aus seiner Sicht ein Lösungsansatz sein, die Arbeit an unterschiedlichen Standorten unter städtischer Regie im Zusammenspiel mit den dortigen Schulen, Vereinen und der Sozialen Stadt zusammenzuführen. Er sieht auch in Bezug auf die Weststadt mit Blick auf die Öffnung des Platzes und pädagogische Betreuung eine gute Zielsetzung. Bei den beiden anderen Vereinen sehe er gute Chancen, über den Matching-Fonds das Angebot wie bisher auf qualitativ hohem Niveau weiterzuführen. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage der Verwaltung zustimmen.

Stadträtin **Lange** erklärt erläuternd, sie könne der Beschlussvorlage Nr. 169/11 in den Ziffern, 1 2 und 3 in den Punkten A und B nicht zustimmen. Bis heute gebe es kein Konzept über die beabsichtigten künftigen sozialen Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in den von der Schließung ihrer Aktivspielplätze betroffenen Stadtteilen Eglosheim und der Weststadt. Mit Blick auf die vorgeschlagene Dynamisierung der Grundfinanzierung bei den zwei übrigen Aktivspielplätzen stellten aus ihrer Sicht weder der neue Matching-Fonds noch eine voll ausgeschöpfte Ferienbetreuung eine verlässliche Zukunftsfinanzierung dar. Sie stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, die Beschlussvorlage zurückzustellen, bis eine Konzeption zu den Plätzen in der Weststadt und Eglosheim durch die Stadt vorliege

Zur Klarstellung geht EBM **Seigfried** nachfolgend ausführlich erläuternd auf die Intention und Hintergründe der Verwaltungsvorlage ein. Es werde hiermit ein Entwicklungsprozess eingeleitet, eine abschließende Entscheidung werde heute nicht getroffen. Er macht des Weiteren deutlich, dass die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und im Bildungsbereich Zeiten des Wandels unterworfen seien und sich in einer dynamischen Entwicklung befänden.

Bezug nehmend auf Ziffer 2 der Beschlussvorlage spricht sich Stadtrat **Meyer** dafür aus, dass das

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 04.05.2011

Konzept bis Frühjahr 2012 vorliegen und entscheidungsreif sein sollte.

Aus der Sicht von Stadtrat **Heer** könne positives Ergebnis der heutigen Beschlussfassung sein, dass bedeutsame und tragende positive Entwicklungen entstünden.

Nach nochmaliger Rückfrage stellt EBM **Seigfried** im Anschluss den Antrag von Stadträtin Lange bezüglich der Vertagung der Beschlussfassung, im Gremium zur Abstimmung.

Dieser Antrag auf Vertagung wird mit 1 Ja-Stimme und 14 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Daraufhin stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 169/11 abweichend unter Ergänzung der Ziffer 2 um den Satz, dass die Prozesse bis zum Ende des 1. Halbjahres 2012 abgeschlossen sein sollen, im Gremium zur Abstimmung.

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes erhebt Stadträtin **Burkhardt**, die nicht Mitglied des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales ist und als ZuhörerIn dem Tagesordnungspunkt beiwohnte, den Vorwurf, dass ihr in Bezug auf den Antrag Vorl.Nr. 615/10 hätte ein Rederecht bezüglich der Begründung ihres Antrags eingeräumt werden müssen.

EBM **Seigfried** bringt diesbezüglich zum Ausdruck, dass ihr ein Rederecht hätte eingeräumt werden können, wenn dieses ihrerseits im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes geltend gemacht worden wäre.

TOP 1.4.1

Erhalt der vier Ludwigsburger Aktivspielplätze
- Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU)
und Hillenbrand (Die Linke) vom 24.11.2010

Vorl.Nr. 615/10

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 1.4 und 1.4.1, Vorl.Nr. 169/11 und 615/10 werden im Sachzusammenhang gemeinsam beraten.

Der Antrag der Stadträte Frau Burkhardt (LUBU) und Hillenbrand (Die Linke), Vorl.Nr. 615/10 wird im Zusammenhang einer weiteren Beratung der Förderung der Ludwigsburger Aktivspielplätze nochmals auf die Tagesordnung mit aufgenommen.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.4, Vorl.Nr. 169/11.

Beschluss:

1. Die Diakonische Bezirksstelle wird beauftragt, im Schuljahr 2011/2012 die Ganztagesbetreuung, die Essensausgabe und das Förderprogramm an der Anton-Bruckner-Schule durchzuführen.
2. Die Diakonische Bezirksstelle erhält hierfür einen Zuschuss in Höhe von 208.900,00 Euro.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 172/11.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache sieht Stadträtin **Kopf** in der Vorlage Planungssicherheit für Eltern und Träger.

Stadtrat **von Stackelberg** ist froh, dass sich die Diakonie weiterhin engagieren möchte. Die Finanzierung des flexiblen Angebots sei richtig.

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert auf Anfrage von Stadtrat **Kirnbauer** die Zusammenhänge mit der Beantragung und Abrechnung der HSL-Mittel. Ab 2012 werde die Stadt die Elternbeiträge selbst einnehmen.

Stadtrat **Dr. Vierling** verweist ebenfalls auf das Übergangsjahr 2012/2013. Wichtig sei ihm, dass die Stellen des Betreuungsteams erhalten bleiben.

Stadtrat **Heer** fragt sich, welche Auswirkung das Bildungspaket auf das Konzept habe. Einige Angebote könnten seiner Auffassung nach über das Bildungspaket finanziert werden. Er bittet darum, in einer der nächsten Vorlagen darauf einzugehen.

Herr **Reichert** geht nachfolgend erläuternd auf die Nachfragen von Stadträtin **Kopf** sowie der Stadträte **von Stackelberg**, **Dr. Vierling** und **Heer** bezüglich der Zahl der Plätze für Selbstzahler sowie der Förderungsmöglichkeiten am Nachmittag ein. Die Aspekte der Charlottenkrippe würden immer mitberücksichtigt. Sehr viele ehrenamtliche Personen werden sich weiterhin und unverändert engagieren. Wie die Dauerregelung im Jahr 2012/2013 und die Teilhabe am Bildungspaket aussehe, könne er noch nicht sagen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 172/11 im Gremium zur Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Als Zwischeninformation dem Gremium Bericht erstattend weist EBM **Seigfried** darauf hin, dass die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule bereits bejaht worden sei. Das CVJM habe der Stadt ein Angebot unterbreitet. Man dürfe jedoch nicht zu schnell agieren, um nicht eine mögliche Förderung im Bildungspaket zu gefährden. Er hoffe auf baldige Klarheit, damit die Schulsozialarbeit an der Elly-Heuss-Knapp-Realschule eingerichtet werden könne.

Abweichender Beschluss:

1. Der Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales stimmt dem Finanzierungsmodell zur Förderung von Kindernester (Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit und Soziales zur Kindertagespflege vom 18.02.2009) durch einen städtischen Zuschuss zu.

1.1 Der maximale Zuschuss von **28.800 €** pro Jahr für ein Kindernest für laufende Kosten wird ab dem Haushaltsjahr 2012 finanziert. Für das Jahr 2012 werden höchstens acht Kindernester bezuschusst.

1.2 Für die Ausstattung erhalten die Tagespflegepersonen pro Kindernest maximal **5.400 €**. Diese einmaligen Kosten werden im Haushalt 2012 für höchstens acht Kindernester (8 x 5.400 €) mit insgesamt **43.200 €** eingestellt.

2. Der Ausschuss beschließt nach dem Finanzierungsmodell für Kindernester einen städtischen Zuschuss zu den Betriebsausgaben in Höhe von **24.360 €** für den Betrieb des Kindernestes in der Schwarzwaldstraße 45 in Neckarweihingen.

3. Der Sanierung des Gebäudes Schwarzwaldstrasse 45 mit gleichzeitigem Umbau zu einem Kindernest mit Baukosten (KG 300, 400 + 700) in Höhe von **190.000 EUR** inkl. 19% MwSt. wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 048/11 verweisend erläutert EBM **Seigfried** einleitend, dass heute ein Konzept einer Unterstützung von sogenannten Großtagespflegestellen beziehungsweise Kindernestern als neue Form der Kindertagespflege und die Umsetzung an einem konkreten Projekt vorgeschlagen werde.

Frau **Clauß** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert daraufhin das inhaltliche und finanzielle Konzept. Zur Kalkulation der Betriebskosten habe man eine Wohnung mit 95 qm in zentraler Lage zugrunde gelegt. Das vorgestellte Finanzierungskonzept könne in einem Kindernest in der Schwarzwaldstraße 45 bereits angewendet werden.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) stellt nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation das geplante Bauvorhaben und erforderlichen Maßnahmen vor. Die bauliche Struktur des Wabenhauses in der Schwarzwaldstraße 45 solle erhalten bleiben. Das Gebäude könnte im September 2011 in Betrieb genommen werden.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass man heute einen grundsätzlichen Beschluss über das Finanzierungskonzept fassen möchte. Zukünftig werde diese Zwischenform neben der individuellen Kindertagespflege benötigt. Es bestehe hier die Möglichkeit, auf qualifizierte Tagesmütter zurückzugreifen und mit Fachkräften zu kombinieren. Man denke auch daran, beispielsweise Wohnungen anzumieten, falls sich genügend ausgebildete Tagesmütter fänden.

In der nachfolgenden Aussprache hat das neue Modell für Stadtrat **Meyer** den Charme einer familiären Struktur. Man habe außerdem die Chance der flexiblen Handhabung. Viele Eltern hätten nur den Bedarf nach halbtägiger Betreuung. Im Gegensatz zum Begriff der Großtagespflegestelle bedeute für ihn der Begriff des „Kindernests“ familiäre Struktur und Wärme, daher sollte man seiner Ansicht nach bei diesem Begriff bleiben.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht in dem Vorschlag eine wichtige Verbesserung der Betreuungssituation vor allem auch in Neckarweihingen. Man stimme dem Vorschlag zu, auch der neuen Bezeichnung „Kindernest“. In Bezug auf die Kosten kündigt er Kritik im morgigen BTU an. Normale Maßstäbe und eine bescheidenere Ausführung müssten genügen.

Frau **Barnert** macht deutlich, dass kein energetisch hoch technisiertes Gebäude erstellt werden solle. Die Kosten resultierten aus der Schadstoffbelastung und der dadurch erforderlich gewordenen Sanierung. Es entstehe eine freundliche Atmosphäre und kein Luxus.

Stadtrat **Kirnbauer** weist darauf hin, dass das Wort Pflege eher im Altenbereich vermutet werde und freut sich über die neue Bezeichnung „Kindernest“. Man stimme der Vorlage zu. Es sei der richtige Weg, um bis zum Jahr 2013 zu den angestrebten Prozentsätzen zu kommen.

Stadträtin **Klett-Heuchert** erklärt mit Blick auf die Qualität der Kinderbetreuung im vorliegenden Fall die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage. Zum einen sei die Betreiberin eine hochqualifizierte Kraft, zum anderen müsste die Sanierung des Gebäudes ohnehin angegangen werden. Sehr sinnvoll sei auch die räumliche Nähe zur Kindertageseinrichtung. Außerdem sei beim Ausbau der U3-Betreuung Eile geboten.

Stadtrat **Heer** sieht dies als gutes Modell, das die derzeitige Betreuung ergänze. Man begrüße und unterstütze diesen Weg.

Auch Stadträtin **Lange** erklärt die Zustimmung zur Vorlage.

Den Vorschlag aus dem Gremium aufgreifend führt EBM **Seigfried** aus, man werde als Sprachregelung künftig im gesamten Konzept durchgängig anstelle des Begriffes „Großtagespflegestelle“ den Begriff „Kindernest“ verwenden.

EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 048/11 unter Änderung der Begriffe von „Großtagespflegestelle“ in „Kinderneest“ im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5

Fortschreibung Sozialdatenatlas / Information in
Vorlagen

Vorl.Nr. 173/11

Beschluss:

1. Der Datenteil im Sozialdatenatlas (SDA) wird im bisherigen Umfang fortgeschrieben, um die Darstellung der Entwicklung erweitert und zukünftig mit dem Indikatoren-Set zum Stadtentwicklungsplan verknüpft.
2. Der SDA wird in einem Zwei-Jahresrhythmus fortgeschrieben.
3. Die bisherige Leistungsbeschreibung wird analog der Darstellung im Frauenhandbuch dem BSS zur Verfügung gestellt und bedarfsgerecht fortgeschrieben.
4. Beschlussvorlagen über die Gewährung neuer Leistungen erhalten zukünftig – ähnlich wie bereits heute im Bezug zu den SEK-Zielen – als Anlage eine Information zu bereits bestehenden Förderungen im jeweiligen Handlungsfeld.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 173/11 und 192/10 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Das Gremium erhält das Frauen- Infohandbuch sowie eine Anlage zur Vorl.Nr. 173/11 als Tischvorlage ausgereicht.

Unter kurzer Erläuterung in den Sachverhalt einfürend weist EBM **Seigfried** in diesem Zusammenhang auf die dem Gremium vorliegende Beratungsunterlagen hin.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadtrat **Herrmann** die Zustimmung seiner Fraktion zur Verwaltungsvorlage, die einen guten Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise darstelle. Es sei ein vernünftiger Mittelweg gefunden worden.

Stadtrat **Dr. Bohn** schließt sich seinem Vorredner an. Die fortlaufende Fortschreibung sei optimal und man gebe positives Licht.

Stadtrat **Kirnbauer** sieht den Antrag der Freien Wähler im Beschlussvorschlag in allen Punkten aufgenommen. Seine Fraktion stimme daher der Vorlage zu.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht der Verwaltung mit Blick auf die Entwicklung Lob aus. Er regt an, dass das neue Handbuch nicht nur als Nachschlagewerk für Stadträte, sondern auch für die

Bürgerinnen und Bürger allgemein brauchbar sein sollte. Sinnvoll wäre die Ergänzung des interkommunalen Vergleichs zu Situationen und Indikatoren bei Land und Bund. Außerdem erhoffe man sich durch die Verfügbarkeit und Aufarbeitung der Sozialdaten Verbesserungen durch Aufschlüsse über die Häufung von sozialen Problemlagen in Ludwigsburg.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 173/11 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 5.1	Erstellung eines Sozialführers - Antrag der FW-Fraktion vom 16.04.2010	Vorl.Nr. 192/10
---------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 5 und 5.1, Vorl.Nr. 173/11 und 192/10 werden im Sachzusammenhang gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Der Antrag der FW-Fraktion vom 16.04.2010, Vorl.Nr. 192/10 ist durch Beratung und Beschlussfassung über die Vorl.Nr. 173/11 im Gremium erledigt.

Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 5, Vorl.Nr. 173/11.

TOP 6	Ludwigsburg-Card - mündlicher Bericht
-------	--

TOP 6.1	Ludwigsburg-Card für alle - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2011	Vorl.Nr. 098/11
---------	--	-----------------

Beratungsverlauf:

Einleitend erläutert und begründet Stadträtin **Klett-Heuchert** kurz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25.02.2011, Vorl.Nr. 098/11

Nach Erläuterung des Sachverhalts durch Herrn **Albrecht** (FB Bürgerdienste) und ergänzenden Ausführungen durch EBM **Seigfried** sieht Stadträtin **Klett-Heuchert** den Antrag als erledigt an und zieht ihn zurück. Sie bittet jedoch die Verwaltung um einen Erfahrungsbericht im nächsten Jahr, auch im Hinblick darauf, ob nicht eine Erweiterung des Zugangs vorgenommen und weitere Gruppen einbezogen werden könnten.

Eine Berichterstattung wird seitens der Verwaltung zugesagt.

Herr **Albrecht** erklärt, die Ludwigsburg-Card stelle ein Erfolgsmodell dar, man bekomme nur positive Rückmeldungen.

Stadtrat **Heer** verweist auf die Ludwigsburg-Card als Alleinstellungsmerkmal, die daher nicht mit Geld quantifiziert werden könne.